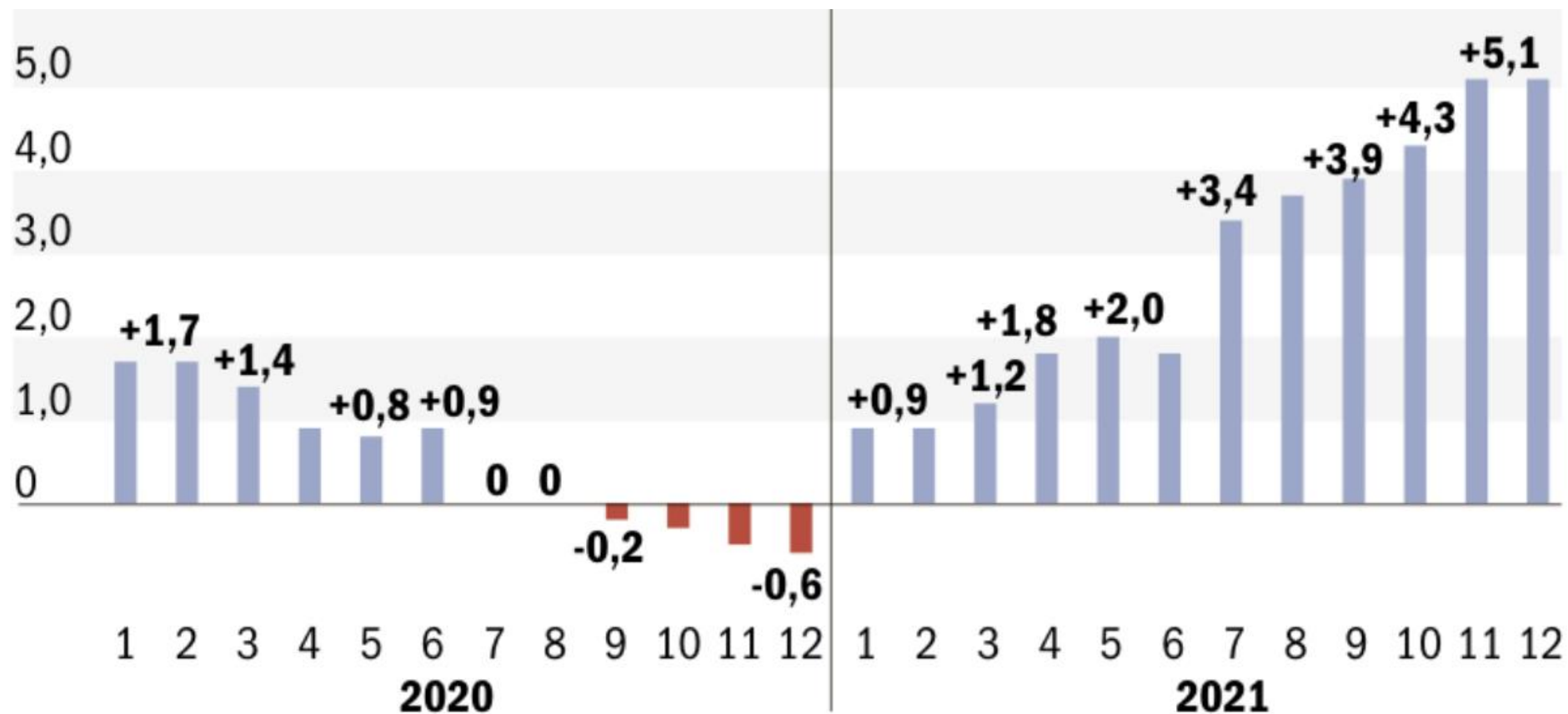
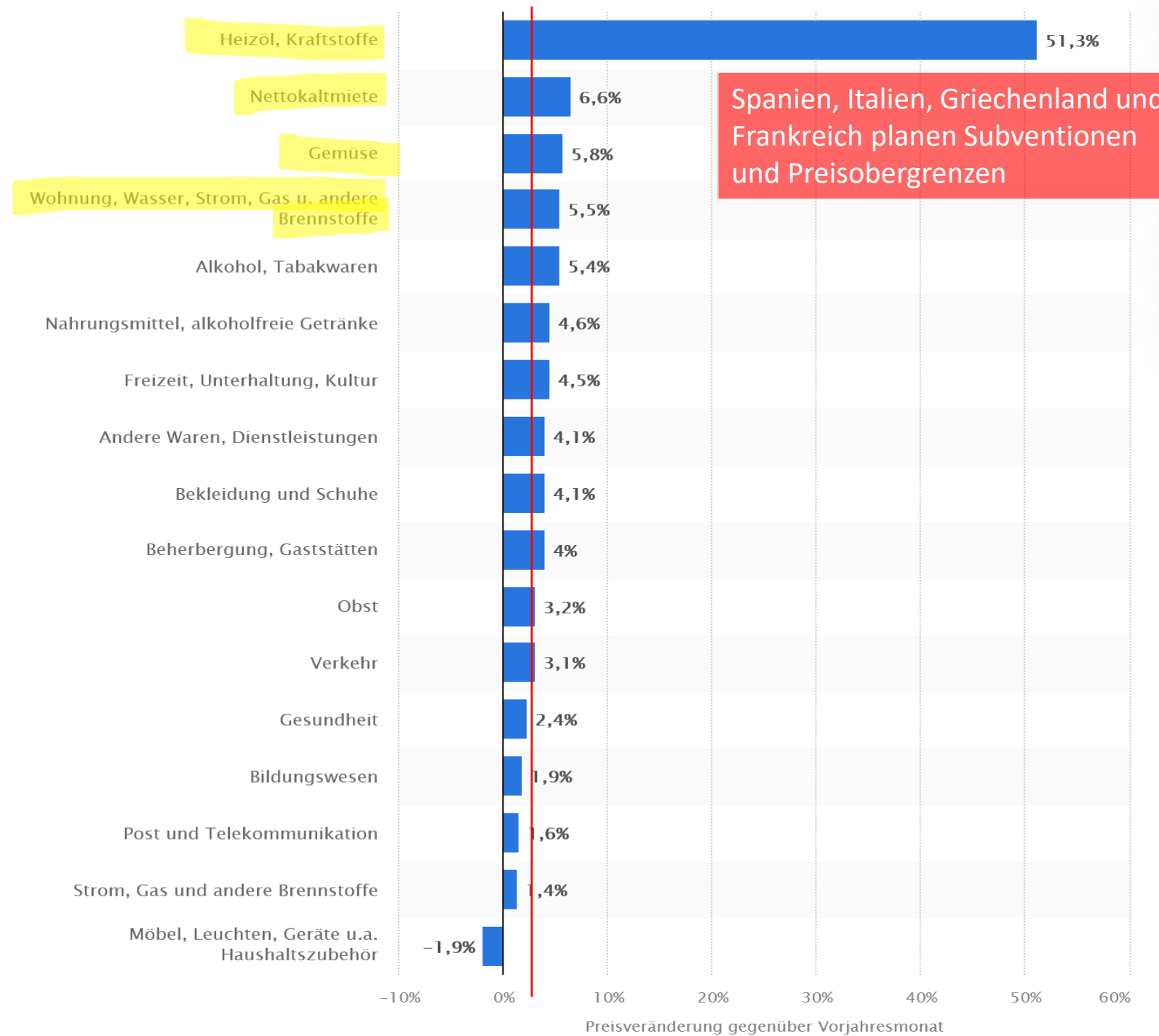


Inflation 2022 und die Folgen für die Bauzulieferindustrie

Teuerungsrate in Berlin (zum Vj. in %)



Inflation in Deutschland (im November 2021 zum Vj. in %)



Quelle: destatis; Stand: 01/2022

Zu wenig Wind musste mit Gas und Kohle ausgeglichen werden

Erzeugung aus erneuerbaren Energien

Der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms an der Netzlast* lag im Jahr 2021 bei 42,8 Prozent (2020: 48,0 Prozent).

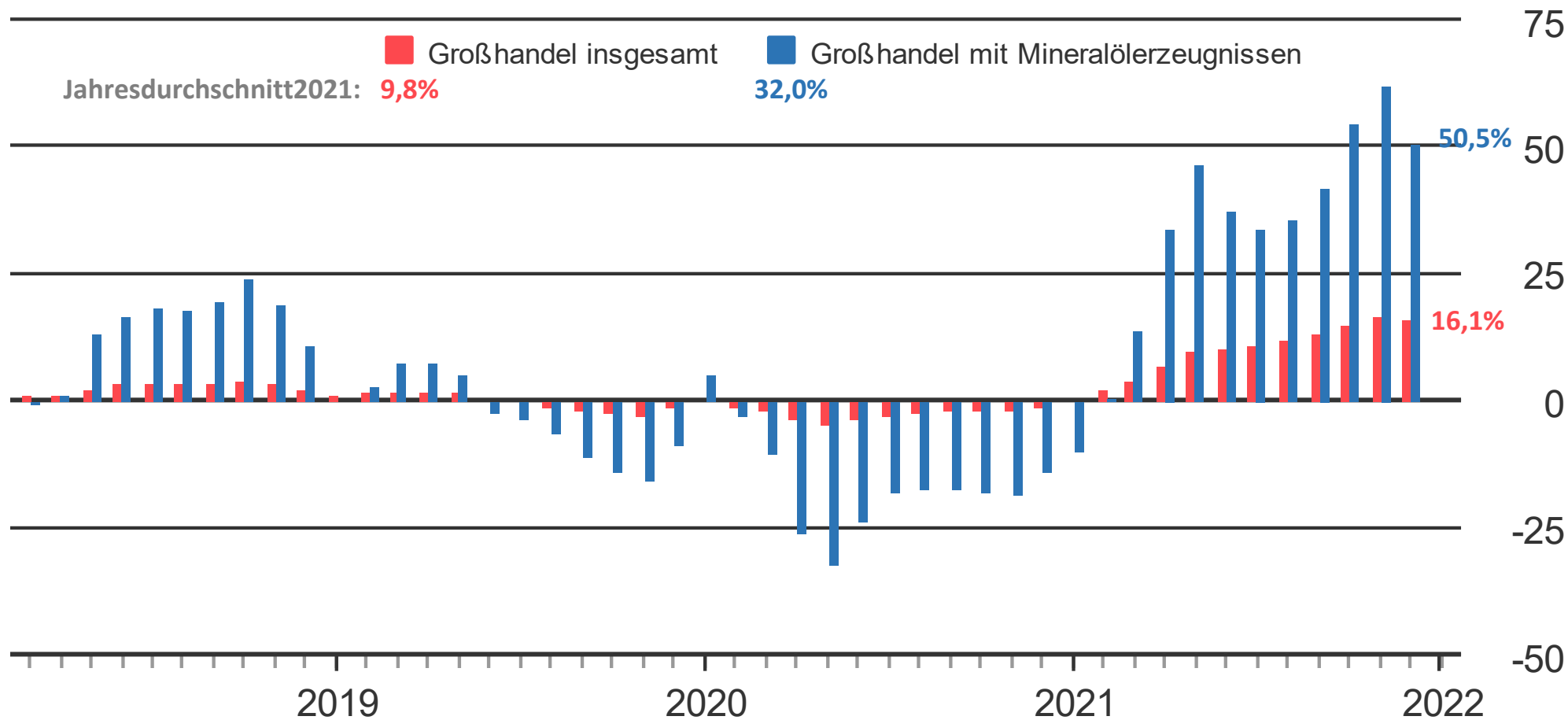
Den größten Beitrag dazu leisteten Windkraftanlagen – vor allem an Land. On- und Offshore-Anlagen kamen gemeinsam auf einen Anteil von 22,6 Prozent. Photovoltaik deckte 9,3 Prozent. Die übrigen 10,9 Prozent entfielen auf Biomasse, Wasserkraft und sonstige Erneuerbare.

Insgesamt lag in 2021 die Erzeugung aus erneuerbaren Energien mit 215,4 TWh 7,7 Prozent unter dem Vorjahreswert von 233,3 TWh. Die Wind-Onshore-Erzeugung war mit 89,6 TWh etwa 13,1 Prozent geringer als im Vorjahr (103,1 TWh). Die Erzeugung aus Wind-Offshore-Anlagen lag mit 24,0 TWh um 10,8 Prozent unter dem Vorjahreswert von 26,9 TWh. Einzig die Photovoltaikeinspeisung lag höher. Wurden 2020 noch 45,8 TWh eingespeist, so waren es im vergangenen Jahr 46,6 TWh. Dies entspricht einem Plus von 1,8 Prozent.

Die Erzeugung aus konventionellen Energieträgern betrug insgesamt 289,9 TWh. Im Vergleich zu 2020 stieg sie somit um 11,0 Prozent.

Großhandelsverkaufspreise, bis Dez. 2021

Basiseffekt hat 2021 noch erhöhend gewirkt und wird 2022 dämpfend wirken



Quelle: destatis Stand: 01/2022

EZB-Direktorin Schnabel: Energiepreise könnten Schritte gegen Inflation erfordern

08. Januar 2022

Die Energiekosten könnten laut Schnabel EZB zum Umdenken zwingen. Die Zentralbank gerät wegen anhaltender lockerer Geldpolitik zunehmend in die Kritik.

Die [EZB](#) hat kürzlich ihre **Inflationsprognose für das neue Jahr auf 3,2** Prozent angehoben und damit fast verdoppelt. In den Reihen der Euro-Hüter sind zuletzt allerdings Warnungen vor einer länger anhaltenden hohen Inflation laut geworden. Die lockere Geldpolitik der EZB ist zuletzt zunehmend in die Kritik geraten.

Bafin bremst Baukredite

Die Finanzaufsicht reagiert mit strengeren Vorgaben auf die steigenden Immobilienpreise. Das dürfte Hypothekendarlehen verteuern.

Belgien, Luxemburg, Niederlande
/ 4,00 € / Frankreich 4,10 € / 4,5€
3,70 GBP / 4,00 GBP / Schweiz 5
Polen 20,00 PLN / 22,50 PLN

Monatsabonnement:
Handelsblatt Print: 66,70 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 76,69 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 887 3602
kundenservice@handelsblatt.com

40002
190253 103309
4

PREIS
3,30 €

G 02531

Handelsblatt

F1online.laif

Die deutschen Finanzaufsichter sind wegen der stark steigenden Preise bei Wohnimmobilien alarmiert und greifen durch: Banken müssen künftig mehr Eigenkapital für Wohnimmobiliendarlehen beiseitelegen. Das hat Folgen für die Kunden: Für sie dürfte der Hauskauf teurer und schwieriger werden.

Der Ausschuss für Finanzstabilität, dem Vertreter von Bundesfinanzministerium, Bundesbank und der Finanzaufsicht Bafin angehören, beschloss am Mittwoch, den sogenannten antizyklischen Kapitalpuffer zu aktivieren. Das bedeutet, dass Banken über die normalen Anforderungen hinaus mehr Eigenkapital für ihre Geschäfte beiseitelegen müssen. Zudem will die Bafin die Kreditvergabe-standards genauer prüfen. Sorgen bereitet den Aufsehern unter anderem, dass aktuell ein beträcht-

22

Milliarden Euro
zusätzliches
Kapital müssen die
deutschen Banken
ab 2023 wegen
der verschärften
Vorgaben vorhalten.

Quelle: Bafin

licher Anteil an Immobilien fast oder ganz ohne Eigenkapital finanziert wird.

Die Banken hätten die Coronapandemie dank staatlicher Unterstützungsmaßnahmen bisher gut überstanden und reichten mehr Kredite aus, sagte Bafin-Chef Mark Branson. Bei Wohnimmobilien stiegen die Preise und das Kreditvolumen besonders schnell. Deshalb sei es nun an der Zeit, „in den Präventionsmodus zu wechseln“.

Laut Experten werden die neuen Vorgaben insbesondere bei Immobilienkrediten zu höheren Zinsen führen. In Kraft treten sollen die Regeln im Februar 2023. Ab diesem Zeitpunkt müssen Banken insgesamt 22 Milliarden Euro zusätzliches Kapital vorhalten. Die allermeisten Geldhäuser verfügen laut Bafin aber bereits über entsprechende Puffer. A. Kröner, Y. Osman ▶ Fortsetzung auf Seite 4

US-Inflationsrate steigt auf 7 Prozent

Die Verbraucherpreise in den USA erreichen den höchsten Wert seit 1982.

Die Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten sind im Dezember so stark gestiegen wie seit rund 40 Jahren nicht mehr. Waren und Dienstleistungen kosteten im Dezember sieben Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat, wie das Arbeitsministerium am Mittwoch in Washington mitteilte. Das ist der höchste

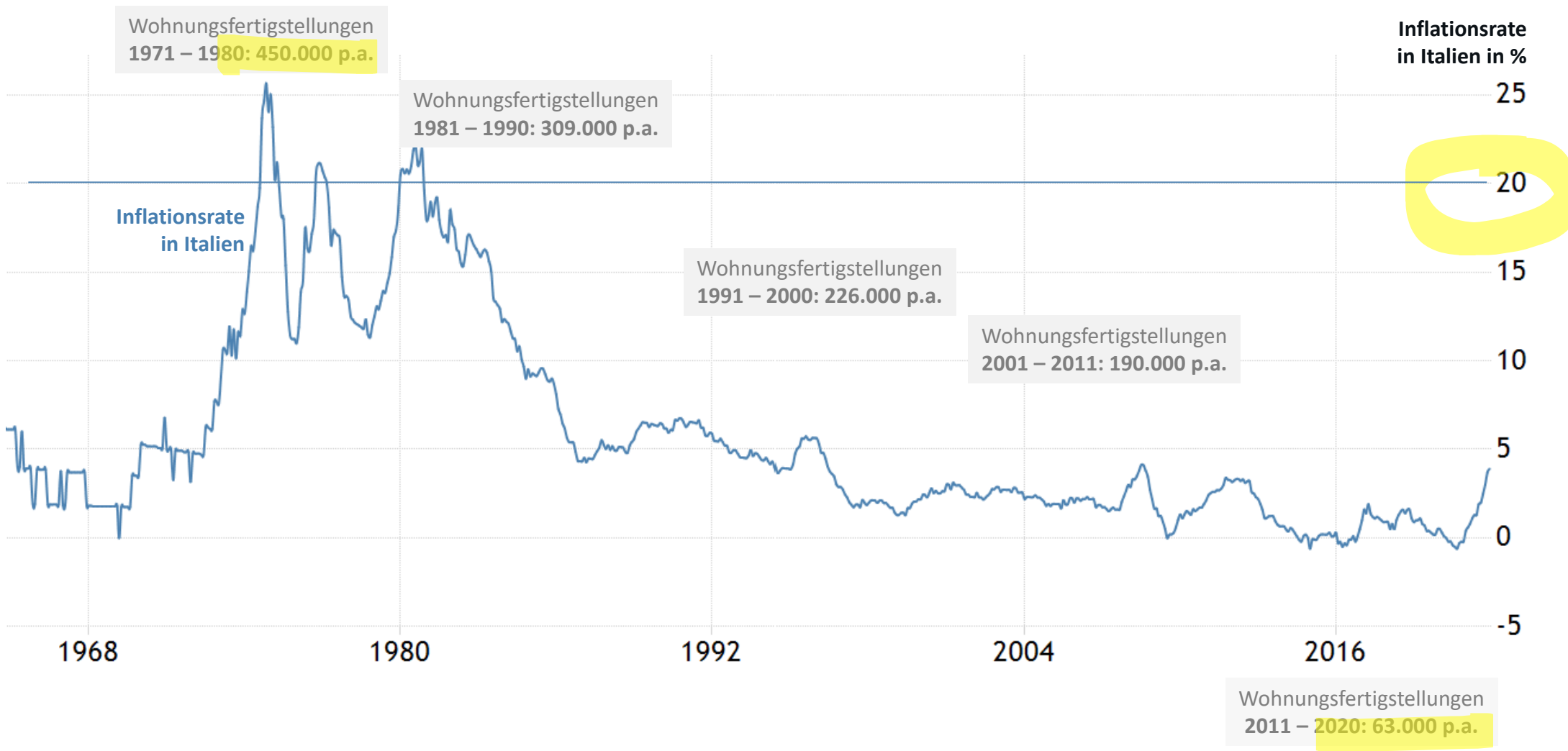
Wert seit Juni 1982. Damals waren die Preise um 7,1 Prozent gestiegen.

Betroffen von dem Preisanstieg waren vor allem Lebensmittel, Benzin sowie Neu- und Gebrauchtwagen und Wohnkosten. Es ist der dritte Monat in Folge, in dem die Inflationsrate in den USA oberhalb von sechs Prozent liegt. asd ▶ 28

Quelle: Handelsblatt 13.01.2022

Italien: Inflation und Wohnungsfertigstellungen 1970 bis 2021

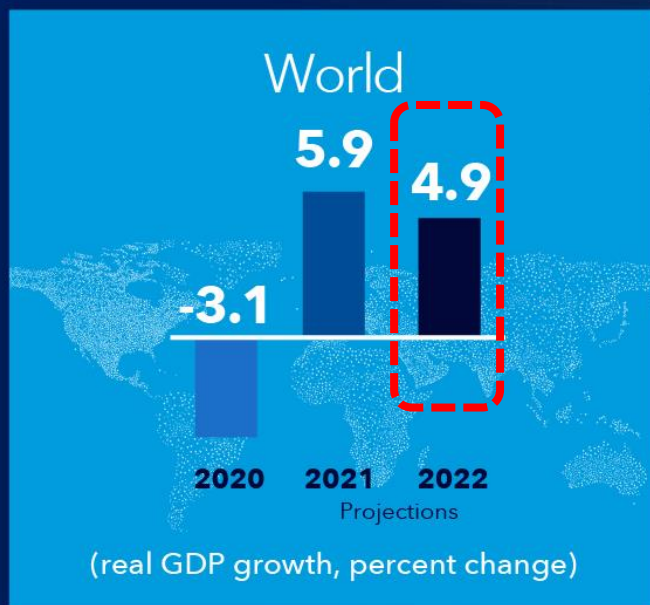
Hohe Inflation führte zur Flucht in Immobilien



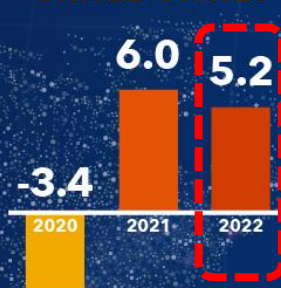
Quelle; Tradingeconomics | ISTAT

Wie geht die Nachfrage weiter?

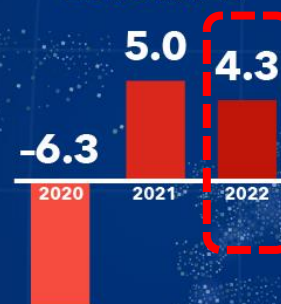
GDP Wachstum in % nach Weltregionen



UNITED STATES



EURO AREA



MIDDLE EAST AND CENTRAL ASIA



EMERGING AND DEVELOPING ASIA



LATIN AMERICA AND THE CARIBBEAN



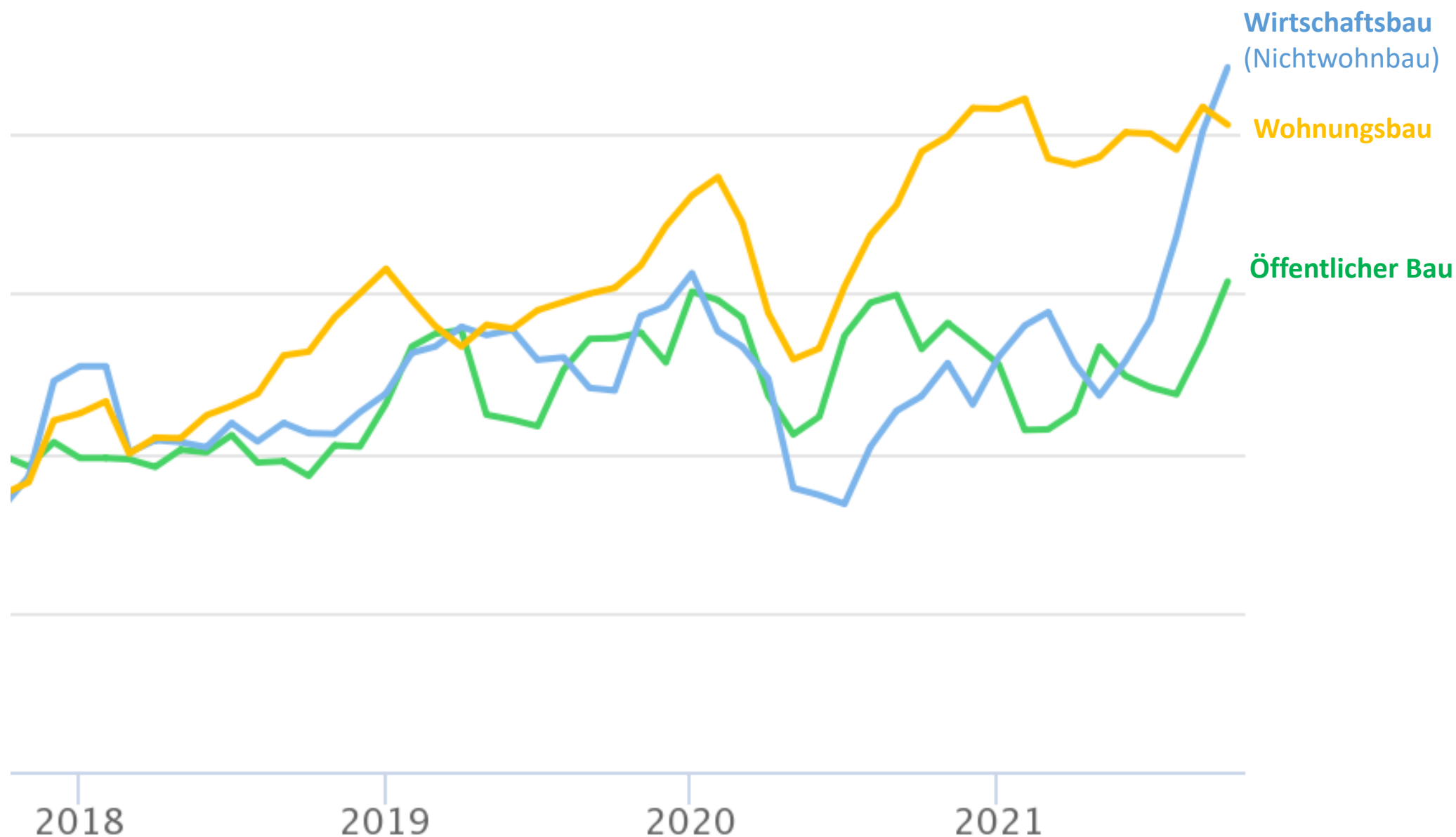
SUB-SAHARAN AFRICA



Source: IMF, *World Economic Outlook*, October 2021.

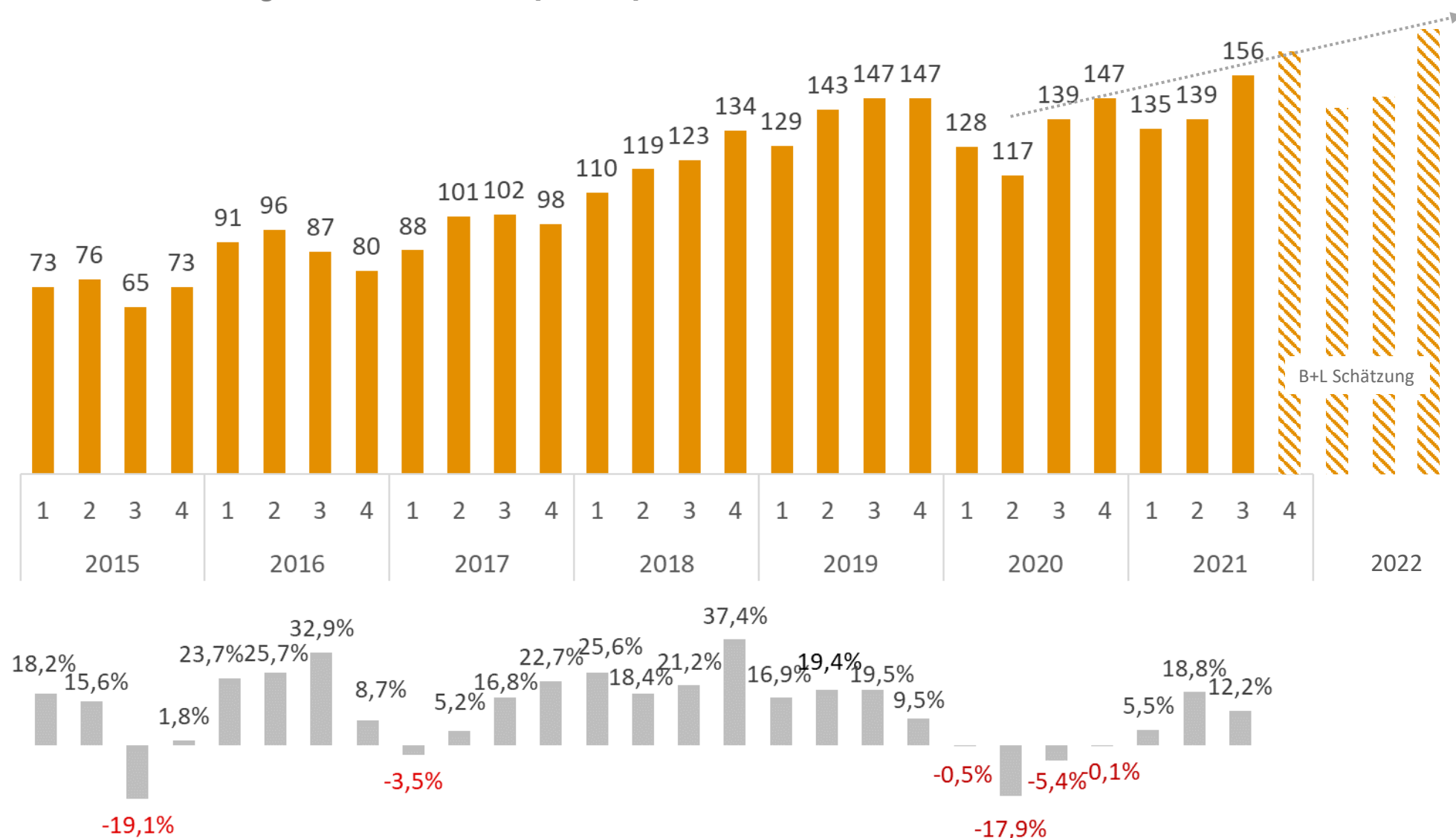
Note: Order of bars for each group indicates (left to right): 2020, 2021 projections, and 2022 projections.

DE: Auftragseingang Bauindustrie (bis Oktober 2021)



Quelle: destatis, Darstellung B+L; 12/2021

Offene Stellen im Baugewerbe im Zeitverlauf [in 1.000]



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Stellenerhebung; Stand: 11.01.2022

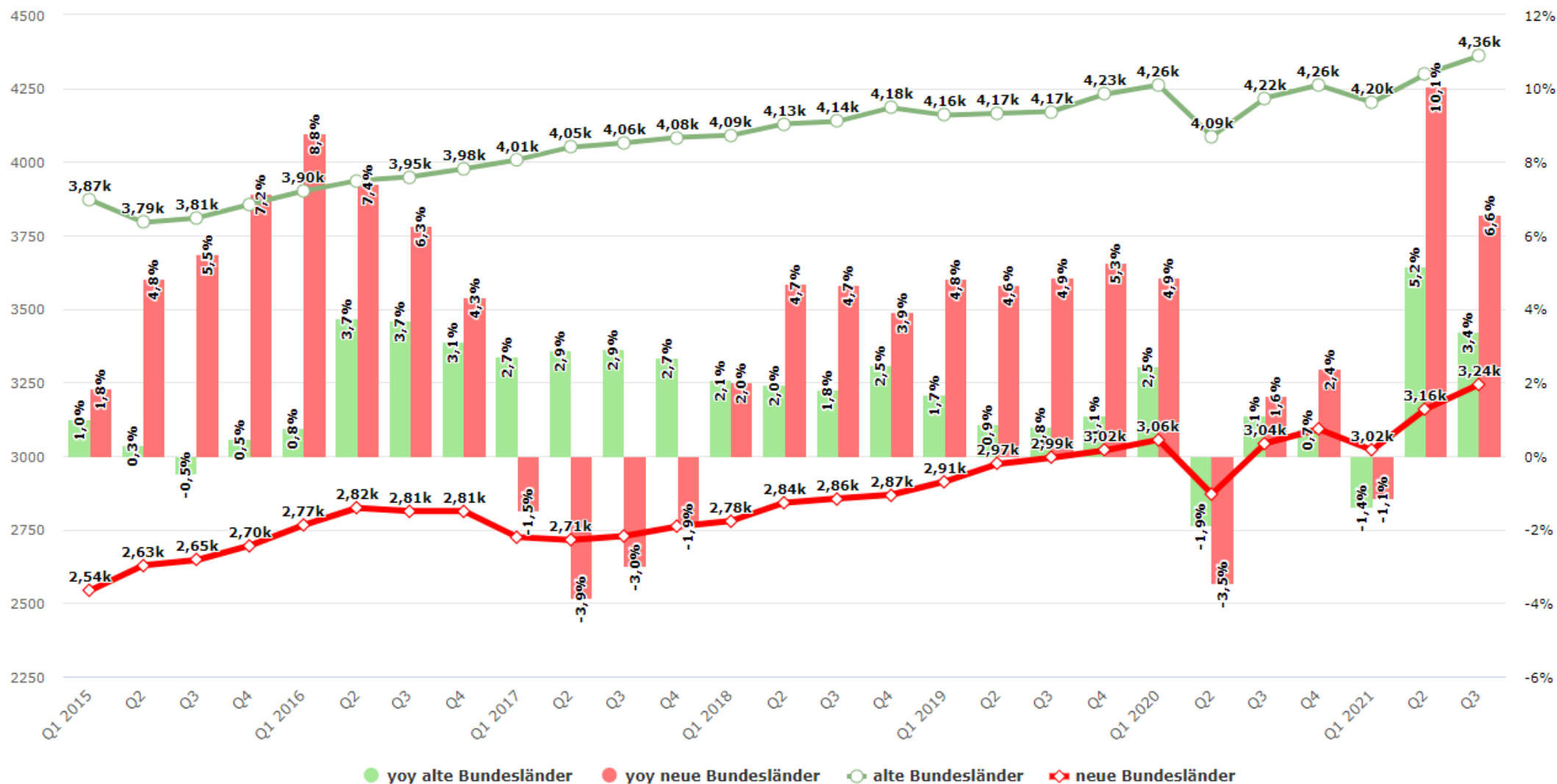
Drei neue Tarifabschlüsse in ostdeutschen Bundesländern

Mit den am 22. bzw. 29. November 2021 in Thüringen und Sachsen-Anhalt erreichten Tarifabschlüssen werden die Löhne und Gehälter in der Holz- und Kunststoff verarbeitenden Industrie wie in den anderen Tarifgebieten in zwei Schritten um insgesamt 4,9 % steigen. Im April 2022 werden die Entgelte um 2,7 % erhöht. In Sachsen-Anhalt gibt es ab April 2023 weitere 2,2 %, in Thüringen folgt der zweite Schritt erst im Mai 2023. Bereits im Februar 2022 wird in beiden Tarifgebieten eine steuerfreie Corona-Beihilfe ausgezahlt, die sich in Thüringen auf 595 € und in Sachsen-Anhalt auf 580 € je Beschäftigtem beläuft. Die Einzahlungen in den Demografie-Tarifvertrag werden jeweils in zwei Schritten von bislang 300 € je Jahr und Mitarbeiter auf 600 € verdoppelt. In Sachsen-Anhalt wird der zweite Schritt bereits 2023 greifen, in Thüringen erst 2024.

Der am 30. November in Sachsen in einem Tarifvertrag

Individuelle Lohnangebote könnten Tarifabschlüsse überlagern

Lohnkosten Deutschland 2015 – 2021 in EUR (zum Vj. in %)



Quelle: Destatis; Stand: 01/2022

Wie entwickeln sich die Preise?

Steel Rebar (Bewehrungsstahl) – 10.01.2022



Quelle: TRADINGECONOMICS.COM

Lumber (Future price USD / 1000 board feet, last data point: 10.01.2022)



Quelle: TRADINGECONOMICS.COM

Polymerpreisindex Standard-Thermoplaste



© 2022 Kunststoff Information, Bad Homburg - www.kiweb.de

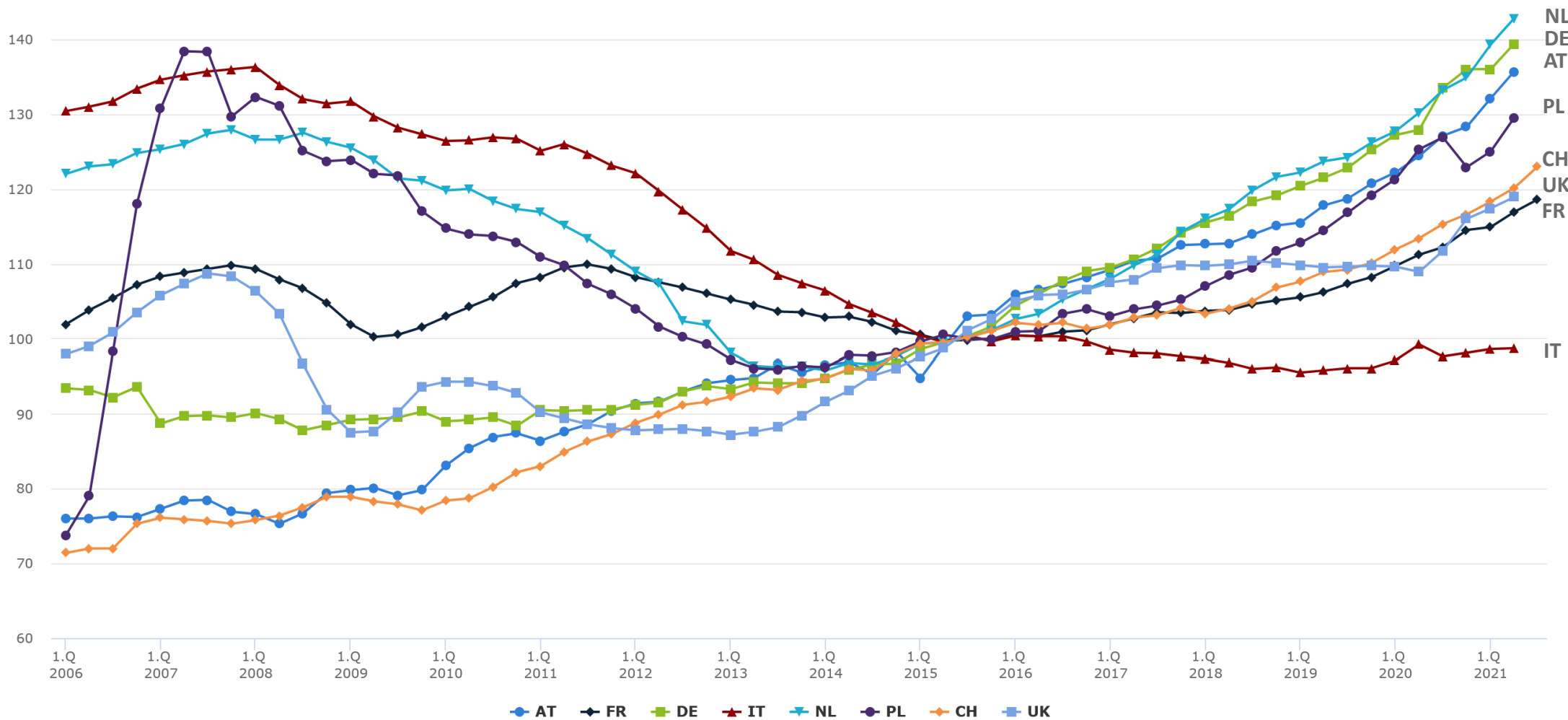
Quelle: KI – Kunststoff Information (www.kiweb.de)

Eisenerz (Iron ore, price USD / t, last data point: 10.01.2022)



Quelle: TRADINGECONOMICS.COM

Realer Hauspreisindex (2015 = 100) – DE | AT | CH | FR | NL | UK



Quelle: OECD, Stand: 12/2021

Wie geht 2023ff weiter?

Demographie und Dekarbonisierung
treiben die Preise weiter